

Wir müssen aufpassen!

Ja, es geht um Corona. Während wir diese Zeilen schreiben lesen wir, es gibt wieder mehr Corona-Kranke in der Stadt.

Gerade deshalb gibt es diese Überschrift. Viele hatten geglaubt, das Virus schleicht sich davon. Sie haben sich getäuscht.

Wir brauchen den täglichen Warnungen nichts hinzuzufügen. Wir müssen aufpassen. Nicht nur bei Covid 19.

Wir müssen aufpassen!

Wer Zeitungen liest, ist erstaunt über die Entwicklung der „politischen Kultur“ in unserer Stadt. Da ziehen der 1. Stadtrat Ziegler (Freie Wähler) und der ehrenamtliche FDP-Stadtrat Seinscheper Presse über den gewählten Bürgermeister u.a. her.

Es fallen Begriffe wie „Diskussion ohne Fachwissen“. Das Vorgehen „ihres Chefs“, wird in den Zeitungen mit „großem Befremden und Unverständnis“ verfolgt. Interne Ansichten werden nur aus ihrer Sicht vorgetragen. Das gab es noch nie.

Man hat das Gefühl, hinter jeder Ecke im Rathaus steht einer, um dem Bürgermeister eine Falle zu stellen. Ziegler und Seinsche sind aber selbst kommunalpolitische Anfänger, ihr Vorgehen belegt jedenfalls ein eigenartiges Demokratieverständnis. Zurückhaltung wäre angesagt.

Wir müssen aufpassen!

Auch andere bekommen von dieser Seite aus dem Rathaus ihr Fett weg. So der „blickpunkt“, die Bürgerinitiative „Kläranlage“ u.a.: Zwei Mitglieder der Bürgerinitiative sehen sich mit einer Vorladung wegen Hausfriedensbruchs konfrontiert, weil sie

sich am Rande eines Pressegesprächs der DKP/LL auf dem Gelände der ehemaligen Kläranlage und jetzigen Pumpstation in Walldorf aufgehalten hätten - bei weit geöffnetem Tor.

Der Vorsitzende der DKP Mörfelden-Walldorf, Gerd Schulmeyer, bekam eine Strafanzeige wegen übler Nachrede und Verleumdung.

Auch so etwas gab es früher nie.

Wir müssen aufpassen!

Es gibt Themen in unserer Stadt, die die Menschen interessieren, weil sie betroffen sind:

Wie weiter mit Erneuerung und Ausbau der Kläranlage? Das Thema spiegelt sich seit Wochen in der Berichterstattung der Lokalzeitungen. Das Thema ist Stadtgespräch, weil die Kosten mittlerweile die 50-Millionen-Marke überschritten haben.

Die befürchtete Abwassergebührenssteigerung wäre „Hessenrekord“.

Die DKP/LL, der „blickpunkt“, eine Bürgerinitiative haben viel recherchiert, verlangen Aufklärung.

Die DKP/LL stellte in der Stadtverordnetenversammlung einen ausführlich begründeten Antrag auf Stopp von Planung und Auftragsvergaben, dem weitere Anträge der Grünen und der CDU folgten.

Die Rathauskoalition aus SPD, FW und FDP schmetterten diesen Antrag ab. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Bauausschusses hatte die Rathauskoalition bereits eine Auftragsvergabe im Wert von rund 15 Millionen Euro beschlossen. Während das zuständige Ingenieurbüro im Bauausschuss eine lange Powerpoint-Präsentation zur „Erläuterung“ seiner überbeuerten Planung zeigen konnte,

wurde es Vertretern der BI „Abwasser MW“ sowohl im Ausschuss als auch in der Stadtverordnetenversammlung verwehrt, ebenfalls als „Sachverständige“ zu sprechen.

Der Erste Stadtrat Burkhard Ziegler von den „Freien Wählern“ brachte es fertig, im Plenum einen „Sachstandsbericht“ abzugeben, in dem keine Fakten, Daten und Zahlen vorkamen, sondern nur Beleidigungen der Bürgerinitiative und der Oppositionsparteien.

Er warf der DKP/LL vor, „strafrechtlich relevante“ Handlungen im Zusammenhang mit dem Brief eines „Whistleblowers“ begangen zu haben.

Mit der Veröffentlichung der durch Fachleute überprüften Kernaussagen dieses Briefes war es der DKP gelungen, die Misstände rund um die Kläranlage publik zu machen.

Wie es bei diesem Thema weitergehen wird ist noch unklar. Sicher hilft öffentlicher Druck. Im März 2021 ist Kommunalwahl. Es kann sich was bewegen, wenn richtig gewählt wird!



Aber deutlich sagen:

„Wir wollen keine höheren Abwassergebühren!“

DKP
LINKE LISTE



Maske auf

Aber deutlich sagen:

„Wer den Großen nichts nimmt, kann den Kleinen nichts geben!“

KOMMUNALWAHL 2021

In Mörfelden-Walldorf wählt man am besten DKP/Linke Liste

Die DKP/Linke Liste wird bei der Kommunalwahl am 14. März 2021 antreten. Bei einer gutbesuchten Versammlung im Walldorfer „Hotel zum Löwen“ wurden erste Ideen angesprochen.

In der Diskussion zeigte sich, es gibt zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, darunter viele Parteilose, die auf die Liste gehen wollen. Wer an der Parlamentsarbeit Interesse hat, kann sich bei Gerd Schulmeyer (Tel. 23366) melden.

In der Rückschau auf die zu Ende gehende Legislaturperiode wurde betont, „ohne die DKP/LL wäre vieles nicht ans Licht gekommen“.

Tatsächlich gab es in dieser Wahlzeit zahlreiche lebendige Bürgerbewegungen, die von der DKP unterstützt wurden, begleitet durch ihre Zeitung „blickpunkt“. Nur so kann es auch gelingen, Öffentlichkeit herzustellen und Widerstand zu leisten, wenn weitere Belastungen der Einwohner in der Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung kommen.

Eine hochinteressante Diskussion entwickelte sich beim Thema Kläranlagenausbau. Vor einem Jahr berichteten wir schon von dem Schlamassel in der Kläranlage. Die Kostenentwicklung dort ist bedrückend - bezahlen sollen es die Einwohner unserer Stadt. Mittlerweile haben auch andere das Thema entdeckt. So wie es aussieht,

wird es eines der Hauptthemen des vor uns stehenden Wahlkampfes. Diskutiert und eingeschätzt wurde das Thema Wohnen. Die DKP/LL will unbedingt, dass zwischen Walldorf und Mörfelden nicht alles zugebaut wird. Gerade in der Zeit des Klimawandels zeigt sich: Frischluftschneisen sind unersetzlich. Der Widerstand gegen die Bebauung der Seegärten wurde in der Diskussion hoch eingeschätzt und wird weitergeführt.

Besprochen wurde auch das Verhalten der anderen Fraktionen im Stadtparlament. Die SPD ist offenbar nur noch der Juniorpartner in einer Koalition mit Freien Wählern und FDP. Gemeinsam fördern sie eine Politik, die von der Mehrheit der Bevölkerung nicht getragen wird.

Unsere Stadt Mörfelden-Walldorf war, auch weil es hier eine aktive DKP mit ihrem „blickpunkt“ gibt, immer eine politisch hellwache Stadt, die Stadt des Widerstands gegen



Maske auf

Aber deutlich sagen:

„Wir brauchen Frischluftschneisen zwischen Mörfelden und Walldorf!“

die Startbahn West, die Stadt, die Flüchtlinge aus aller Welt willkommen hieß, die Stadt des Widerstands gegen Grundsteuererhöhung und Straßenanliegerbeiträge, die Stadt einer offenen und weitgehend linken Kultur. Davon kündeten früher auch weithin sichtbare Transparente am Mörfelder Wasserturm und am Walldorfer Rathaus.

Die allererste Amtshandlung der neuen Rathauskoalition war das Abhängen der Transparente, um so ein weithin sichtbares Zeichen dafür zu setzen, dass jetzt „ein neuer Wind weht“.

Und dann ging es Schlag auf Schlag: Haushalts„konsolidierung“ auf dem



Maske auf

Aber deutlich sagen:

„Wir wollen die Seegärten nicht zubetonieren!“

Rücken der Einwohner, Dutzende von Gebührenerhöhungen, Straßenanliegergebühren und der Beschluß der Errichtung eines zentralen Feuerwehrstandortes. Die Stadt bekam ein neues Logo, um sie noch besser zu „verkaufen“. Dafür hat man sogar den Slogan „Stadt der Vielfalt“ beseitigt. Diese und andere Entwicklungen sind nicht vergessen.

Deshalb: die Opposition muss gestärkt werden! In Mörfelden-Walldorf wählt man im März 2021 am besten die DKP/Linke Liste.

600

blickpunkt

Im Dezember 2020 erscheint die 600. Ausgabe des „blickpunkt“. Wir sind schon ein wenig stolz über dieses Jubiläum.

Manchmal werden wir gefragt: „Wie schafft ihr das?“ Herstellen, finanzieren, verteilen? Wir können es, weil wir viel Unterstützung haben. Wir bedanken uns bei allen Helfern!

Wir bekommen Informationen und viele Spenden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns aus konkretem Anlass erneut finanziell helfen, „über die Runden“ zu kommen.

Manchmal ist es richtig informativ, in alten „blickpunkt“-Ausgaben zu blättern. Unsere Leserinnen und Leser können das auch, auf unserer Webseite:

www.dkp-mw.de/blickpunkt

Bundesregierung will bewaffnete Drohnen

Töten auf Knopfdruck

Sieben Kampfdrohnen des Typs „Heron TP“ warten auf ihre Auslieferung an die Bundeswehr. Die SPD formuliert „strenge“ ethische Kriterien, signalisiert aber „Annäherung“. Sie fordert u.a., das Bedienerpersonal müsse psychologisch betreut werden.



Gerd Schulmeyer (DKP/LL) bei der Ostermarsch-Demonstration

Die Weichen zum Einsatz dieses Waffensystems, dessen Kennzeichen das lautlose Töten ist, sind schon seit langem gestellt. Das Bundesverteidigungsministerium schloss im Juni 2018 den Leasingvertrag über sieben Heron TP und vier Bodenstationen mit der Israel Aerospace Industries (IAI). Laufzeit: neun Jahre, Preis: 1,2 Milliarden Euro.

Die Heron TP kann mit Luft-Boden-Raketen nachgerüstet werden. Der Abschuss erfolgt über einen elektronischen Impuls, den fernab vom Einsatzort der Bediener in einer Bodenstation auslöst. Die Rakete (Stückpreis: 40.000 US-Dollar) aus der israelischen Waffenschmiede IMI gilt als besonders zuverlässig.

Auf der Webseite der Bundeswehr gab es eine Stellenanzeige für Drohnenpiloten: „*Sie arbeiten eng mit dem Waffensystemoffizier zusammen, der die Sensoren und Nutzlasten der Drohne bedient*“, heißt es dort. Angesichts der geringen Nutzlast sind die bewaffneten Drohnen dafür vorge-

sehen, neben Aufklärungsaufgaben bewegliche und „weiche“ Ziele (ungepanzerte Fahrzeuge oder Menschen) zu bekämpfen.

Nach aktuellen Erhebungen des Londoner „Bureau of Investigative Journalism“ sind seit 2010 durch bewaffnete Drohnen (vornehmlich jene der USA) 16.901 Menschen, davon 2.200 Zivilisten und darunter 454 Kinder getötet worden. Getötet wird durch Knopfdruck.

Wie weiter? Wortradikal heißt es im SPD-Papier, völkerrechtswidrige Tötungen lehne man strikt ab. Ihre „Wehrbeauftragte“ Eva Högl fordert aber die Drohnenbewaffnung.

Da fragt man sich, wieso bis heute weder SPD noch Bundesregierung die über die Relaisstation in Ramstein vermittelten Einsätze von US-Todesdrohnen als das verurteilen, was sie sind, nämlich Hinrichtungen aus der Luft.

Die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion hat ihr „Abrüstungsspezialist“, Josip Juratovic, auf den Punkt gebracht: „Ramstein steht nicht nur für Drohnen. Es ist ein militärischer Stützpunkt, der notwendigerweise für gute Zusammenarbeit steht.“

Bundeswehr übt Atomkrieg

Beidem regelmäßig im Herbst stattfindenden Manöver proben Nato-Kräfte derzeit den Einsatz von Atomwaffen. Die Übung gilt offiziell als „geheim“, aufgrund der beteiligten Waffensysteme und trainierten Kriegsszenarien. Das Netzwerk Friedenskooperative lehnt diese Übung entschieden ab. „*Wer im Jahr 2020 Atomkriege übt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt*“, heißt es. »*Die Mehrheit der Staaten weltweit arbeitet am Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbotes, die Nato hingegen scheint offenbar weiterhin zu glauben, man könne Atomkriege gewinnen.*«

Zum offenen Geheimnis der Nato gehört nicht nur, dass regelmäßig die Bestückung von Kampfflugzeugen mit den Atomwaffen des Typs B61 im Rahmen der Übungen geübt wird, sondern auch, dass der Luftwaf-

fenstandort Nörvenich bei Köln als Ausweichort für den Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel gilt.

Die Existenz von Atomwaffen in Büchel wird mittlerweile nicht mehr bestritten. Die gut 30 Jahre alten Atomwaffen vom Typ B61-3 und B61-4 sollen in den kommenden Jahren auf den Typ 61-12 modernisiert werden. Regierungspolitiker*innen sehen in der Beteiligung Deutschlands an der Rüstung einen Beitrag zur Abschreckung und wollen dadurch gegenüber Russland profitieren. Im Kriegsfall wollen die beteiligten Staaten zudem mitreden können. Sie verfügen zwar nicht über die notwendigen Codes, um die Bomben selbst einsetzen zu können, stellen aber Lagerort, Waffensystem und die notwendigen Flugzeuge, um diese dann gemeinsam mit US-Solda-

ten zum Einsatz bringen zu können. Eine Rolle, irgendwo zwischen „Atommacht“ und „Helfershelfer“, die als „nukleare Teilhabe“ bezeichnet wird. Linke und Grüne fordern ein Ende dieser Politik. Deutliche Worte findet die Linke-Politikerin Kathrin Vogler:

„*Diese kriegsähnlichen Zustände mitten in Deutschland sind ein Skandal. Als würden die Covid-Pandemie mit ihren gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen und die globale Klimakrise nicht die Sicherheit jedes einzelnen Menschen und der Gattung Mensch auf eine Art und Weise bedrohen, die internationale Zusammenarbeit, Entspannung und Abrüstung geradezu zur Pflicht macht.*“



Dazu kommt:

Wenn oben das Geld verpulvert wird, fehlt es unten in den Kommunen.

Heute eine kleine Rückschau: Bei der Kommunalwahl im März 2016 verloren CDU, die Grünen und die SPD. Die SPD machte es sich leicht, suchte nicht nach eigenen Fehlern, sondern sah die Schuld für die Wahlverluste ausschließlich bei den Grünen. Nach einem sehr teuren und aufwendigen Wahlkampfzog mit den „Freien Wählern“ (FW) eine neue Gruppe ins Rathaus ein. Nach einem ersten Treffen mit Grünen und DKP/LL, in dem ein weiteres Gespräch vereinbart wurde, verkündete die SPD ohne Rücksprache öffentlich eine neue Koalition mit FW und FDP. SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Best zeigte sich damals mit dem Koalitionsabkommen sehr zufrieden. „Die Handschrift der SPD ist deutlich erkennbar“, meinte er. Freie Wähler und FDP könnten sich bei Wirtschaft und Flughafen profilieren, hieß es. Vor der Kommunalwahl 2016 wollten die FW die Stelle des Ersten Stadtrates

abschaffen - jetzt hatten sie das Vorschlagsrecht und ruck-zuck hatten sie diesen Posten. Das kostet die Kommune über 200.000 Euro im Jahr. Vorderletzten Kommunalwahlschrieben die „Freie Wähler“: *„Aus unserer Sicht ist es einfach unglaublich, wie man eine Gemeinde mit derart guten Bedingungen an die Wand fahren kann. Wir, die Freien Wähler werden diesem Wahnsinn ein Ende bereiten!“* Sie haben den Mund sehr voll genommen. Im Gespräch meinte ein Passant: *„Ach die sind nur unerfahren“*, ein anderer: *„Das sind professionelle Sprücheklopfer!“* Wie auch immer, es zeigte sich, ihre Wurzeln haben sie sicher nicht bei den „kleinen Leuten“. Bei einer Lotterie und vor Wahlen versprechen viele den Hauptgewinn, ob Nieten gezogen wurden stellt sich meist später heraus. Fakt ist, es sind die Vertreter des Neoliberalismus*) vor Ort. Wir werden es erleben.

Die AfD trat damals bei der Kommunalwahl in unserer Stadt nicht an - aber gut die Hälfte ihrer Stimmen bekamen die „Freie Wähler“ von Leuten, die für den Kreistag die AfD ankreuzten.

Wie sich die hiesigen „Freie Wähler“ entwickeln, wusste man damals noch nicht so genau. Heute wissen wir mehr. Beim Thema Kläranlage hat sich der 1. Stadtrat jedenfalls nicht „mit Ruhm bekleckert“.

Erinnern darf man auch an die erste Großinitiative der Freien Wähler: „Die Flughafen-Banner müssen weg!“ Unterstützt wurden sie von SPD, CDU, FDP. *„Wir wollen auf den Flughafenbetreiber zugehen und neues Vertrauen gewinnen . . .“*, forderten die Freien Wähler.

Gedacht war, man hängt alle Schilder, alle Erinnerungen, alle Mahnungen ab, dann kommt das große Geld und die Aufträge vom Flughafen.

Uns fällt dazu nur J. W. v. Goethe ein: *„O glücklich, wer noch hoffen kann, aus diesem Meer des Irrtums aufzutau-chen!“*

*** neoliberal**

Heute versteht man den Neoliberalismus als Rückbesinnung auf den alten Liberalismus (Raubtierkapitalismus).

Neoliberal steht als Abwendung von der „sozialen Marktwirtschaft“.

Der Staat gibt dem Kapital wieder die Zügel in die Hand, er betreibt und propagiert Lohn- und Sozialabbau.



Katze aus dem Sack

Immer wieder wird die Dimension des Klärwerks auf künftig 56000 Einwohnergleichwerte, die als Grundlage der Kläranlage-Planung dienen, angesprochen. Carola Freitag (FDP-Stadtverordnete) erklärte dazu u.a., die Größe sei auch eine politische Entscheidung: *„Wir wollen die Stadt attraktiv gestalten, das bedeutet auch neue Baugebiete. Für mich ist da keine Überdimensionierung erkennbar.“*



Der Vorreiter

Bei Fertigstellung der Kläranlage *„sind wir in ganz Hessen Vorreiter im Umweltbereich“*, erklärte der Erste Stadtrat Burkhard Ziegler. Die Vorreiterrolle kostet aber sehr viel Geld. Bezahlen sollen es die Einwohner von Mörfelden-Walldorf. Ziegler hat nie begriffen, dass man eine Kommune nicht wie einen Konzern führen kann. Mal sehen ob auch die ganze SPD seiner Politik hinterher trabt.

Danke für Spenden!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419

| | |
|--|---|
| | |
| VORHER | NACHHER |
| Burkhard Ziegler Freie Wähler vor der Wahl: | Burkhard Ziegler Freie Wähler nach der Wahl: |
| <i>Die Stelle des Ersten Stadtrats ist ersatzlos zu streichen!</i> | <i>Ich bin bereit, den Posten des Ersten Stadtrats zu übernehmen!</i> |

„Chefsache“

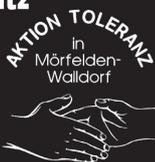
Bürgermeister Winkler hat nach dem letzten Bauausschuss den Vergabebeschlüssen zur Sanierung und Erweiterung der Kläranlage-Aufträge für über 15 Mio. - widersprochen. Er sieht durch die Kostenentwicklung das Wohl der Gemeinde gefährdet und schlägt ein „Moratorium“ vor. Wir begrüßen diesen Schritt. Im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt, auf die immer höhere Abwassergebühren zukommen, ist ein „Umdenken“ dringend geboten. Doch die Koalition „zieht durch.“ Unser Antrag nach einem Bau- und Vergabestopp wurde abgelehnt. Darin wurde die erneute Überprüfung der Erweiterungsplanung durch ein neutrales Fachunternehmen gefordert und angeregt, im Rahmen dieser Überprüfung allen Fragen und Hinweisen der „BI Kläranlage“ zu Betrieb, Umbau und Erweiterung der Kläranlage nachzugehen. Die Koalition und ihre Dezernenten sprechen dem Bürgermeister jegliche Kompetenz ab. Wir haben ihm nahegelegt, die Kläranlage zur „Chefsache“ zu machen und dem Ersten Stadtrat Burkhard Ziegler als derzeitigem Dezernenten die Zuständigkeit für die Stadtwerke zu entziehen. Das hätte er schon längst machen können, sagt Ziegler inzwischen selbst. Der Bürgermeister sollte es jetzt tun.

**Gegen Rassismus und
Ausländerfeindlichkeit**

**KUND
GEBUNG**

**Montag, 9. November 2020
18 Uhr, Rathausplatz
Mörfelden
Gedenkstein**

**Es spricht:
Jens Mohrherr**



Büchereien müssen bleiben

Vor einem Jahr stand auf der Streichliste des Ersten Stadtrats Ziegler zum Doppelhaushalt 2020/21 als Einsparvorschlag u.a. die Schließung der Stadtbüchereien. Im laufenden Jahr wurde auf eine Reduzierung der Angebote hingearbeitet. In der Stadtverordnetenversammlung stimmte die Koalition Lobeshymnen auf die Initiative und Unterschriftensammlung für die uneingeschränkte Weiterführung der Büchereien in beiden Stadtteilen an. Um ihn „vorzuführen“, warfen SPD, FW und FDP dem Bürgermeister vor, keinen beschlußfähigen Antrag gestellt zu haben. Anstatt mit ihrer Mehrheit im Sinne der Initiative zu beschließen, macht die Koalition Wahlkampf und fordert nur einen Sachstandsbericht und einen Beschlussvorschlag ein. Die DKP/LL-Fraktion hat zur nächsten Sitzung den konkreten Antrag gestellt, die Angebote der Stadtbüchereien beizubehalten, wie es die Initiative fordert.

Wer hat da was zu verbergen?

Im September hatte „Fraport Casa“ ihr Vorhaben, das der Koalition wohl damals schon länger bekannt war, nichtöffentlich präsentiert. Die DKP/LL hatte Öffentlichkeit beantragt. Im Protokoll steht, dass es hierzu einen öffentlichen Sachstandsbericht in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 27. Oktober 2020 geben soll.

Jetzt soll im Widerspruch dazu erneut nichtöffentlich über das Vorhaben der Fraport im Mörfelder Gewerbegebiet Ost informiert und beraten werden. Ein „Sachbericht über die Gespräche mit dem Regionalverband zur Erweiterung des Industriegebietes Mörfelden-Ost“ und ein Antrag der SPD/FW/FDP zur Aufnahme von Verhandlungen dazu stehen im „nichtöffentlichen Teil“ auf der Tagesordnung. Transparenz sieht anders aus. Was steckt hinter der anhaltenden „Vertraulichkeit“?

*Nicht mehr
alles gefallen
lassen!*

**Wer hat Interesse an der Kommunalpolitik?
Wer möchte in der DKP/LL-Fraktion mitarbeiten?
Wer kann bei der Finanzierung dieser Zeitung helfen?
Wer möchte helfen, den „blickpunkt“ zu verteilen?**

Rufen Sie uns an: Gerd Schulmeyer, Tel. 23366

Mailadresse: info@dkp-mw.de

Die Wasser-Uhr tickt

Auf der einen Seite leistet sich die Stadt Mörfelden-Walldorf den Luxus, eine viel zu große, viel zu teure Kläranlage zu bauen, deren Gesamtkosten bald auf 50 Millionen Euro veranschlagt werden. Auf der anderen Seite wird die Trinkwasserversorgung sträflich vernachlässigt.

Die Kapazitätsgrenze unseres Wasserwerkes liegt derzeit bei höchstens 40.000 Einwohnern (*Einwohnerstand am 31. Dezember 2019: 34.891*).

Das Rohrleitungsnetz ist teilweise marode und besteht zu weiten Teilen aus Rohren aus Asbestzement, die dringend ausgetauscht werden müssen.

Erste Austauscharbeiten in Teilabschnitten sind im Gange, die Kosten liegen im mittleren 6-stelligen Bereich. Die Hausschieber fallen reihenweise aus, weil sie von den Stadtwerken seit Jahren nicht gewartet werden. Durch listige Auslegung der Wasserversorgungssatzung werden die Kosten des Austausches der defekten Schieber den Hauseigentümern und indirekt den Mietern aufgebürdet. Rechnun-

gen im fünfstelligen Bereich sind da keine Seltenheit. Trotzdem stehen schon die Investoren (volkstümlich auch als „Spekulanten“ bezeichnet) in den Startlöchern, um aus der Doppelstadt eine 50.000-Einwohner-Stadt zu machen. Die noch verbliebenen Grünflächen zwischen den Stadtteilen und ihren Rändern sollen mit Spekulationsobjekten zugestrichelt werden, deren Miete sich kaum jemand leisten kann. Wichtige vorbereitende Beschlüsse zur Ausweisung neuer Baugebiete wurden unter Ausnutzung der Corona-Krise in Sonderverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst.

Derweil dreht sich in den Stadtwerken munter das Personalkarussell. Es hat den Anschein, dass an manchen Stellen politische Botmäßigkeit einen höheren Stellenwert hat als technische Fachkompetenz.

Es ist an der Zeit, den Einwohnern über die Kosten der bevorstehenden



Sanierung des Trinkwassernetzes reinen Wein – oder besser: reines Wasser – einzuschenken.

Und ob man wohl im Rathaus darüber nachdenkt, wie lange die Mörfelder und Walldorfer die großstädtischen Träume und Höhenflüge der gegenwärtigen Rathauskoalition noch dulden (und bezahlen) werden, wenn die Wasserversorgung sogar den jetzigen Bedarf bald nur noch mit gewaltigen Investitionen absichern kann?

Bürgerbeteiligung ist nicht gefragt

Die Mehrheit des Ersten Stadtrats hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Nachwahl eines „sachkundigen Bürgers“ in die Betriebskommission der Stadtwerke abgelehnt. Der Platz bleibt unbesetzt. Ein weiteres Beispiel für die „Gutsherrenart“ der Koalition.

Fachkompetenz und Bürgerbeteiligung sind offenbar nicht gefragt. Demokratie sieht anders aus. Die DKP/LL hatte als sachkundige Bürgerin Silke Baumann von der „BI Kläranlage Mörfelden-Walldorf“ vorgeschlagen.

ALDI - Hochregallager am Ortseingang geplant

Nichtöffentlich soll im Bauausschuss ein „Städtebaulicher Vertrag“ zwischen Mörfelden-Walldorf und ALDI SE & Co KG Logistikhalle und Hochregallager - Bebauungsplanentwurf Nr. 44 „Erweiterung Gewerbegebiet Mörfelden-Ost, Teil Süd“ beraten und beschlossen werden. Was und warum da unter Ausschluss der Öffentlichkeit entschieden werden soll, weiß wahrscheinlich Zieglers Koalition am Besten. Den Einwohnern der Stadt sollen wohl „vollendete Tatsachen“ präsentiert werden.

Das Letzte

Vorladung

Gerd Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender der DKP/LL, bekam eine Vorladung von der örtlichen Polizei.

Im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Straftat - Üble Nachrede/ Verleumdung (Tatzeit „bis Montag, 07. 09.2020“) sei beabsichtigt, ihn als Beschuldigten zu vernehmen.

Ein Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Ausbau und Erweiterung der Kläranlage liegt nahe.

Burkhard Ziegler als zuständiger Dezernent und seine FW hatten in den letzten Sitzungen gegen die DKP/LL mehrfach den Vorwurf strafbarer Äußerungen erhoben. Wir sind gespannt, ob und wenn ja, wann die Sache vor Gericht kommt.

INFOS



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



[Instagram.com/dkpmoewa](https://instagram.com/dkpmoewa)



facebook.com/DKPLinkeListe



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Der Widerstand wird nicht enden

Viele, die diese Zeilen lesen, haben ihre eigenen Erinnerungen. Wie oft haben wir es erlebt: Waldräumung und das Krachen, wenn die alten Bäume zu Boden gingen. Diesmal ist es im „Dannenröder Wald“ - für 43 Kilometer neue Autobahn. Noch sind viele in ihren Baumhäusern und wollen den Restwald vor der Zerstörung retten.

Näheres: <https://camp.wald-statt-asphalt.net/de/>.

Sie brauchen Solidarität! Wer in diesen Zeiten für Beton Wald zerstört, hat unrecht. Ein Irrsinn-Projekt, das schon seit 40 Jahren geplant wird und völlig aus der Zeit gefallen ist. Doch Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) und die hessische Landesregierung wollen die A49 zwischen Gießen und Kassel jetzt durchboxen - trotz Klimakrise, trotz dringend notwendiger Verkehrswende.

Die Umweltschützer sagen: Es dürfen keine Äcker, Wiesen, Weiden, Wälder, Quellen mehr für Straßen, Autobahnen und Gewerbegebiete zerstört werden.

Alter Dauermischwald, wie der Dannenröder Wald, - Wasser und Artenschutzgebiete sind nicht zu ersetzen, ausgestorbene Arten nicht zurück zu holen. Sogenannte Ausgleichsmaßnahmen sind eine Farce. Die Verbissenheit derer, die die A49 unbedingt bauen wollen, entlarvt überdeutlich ihre verkehrspolitisch überholte irrsinnige Autofixiertheit und die festgefahrenen kapitalistischen Geschäftsmodelle.

Selbst die Planungsgesellschaft des Bundes, DEGES, räumte ein, durch den Bau sei nicht mit einer Verringerung der Verkehrsbelastung in den geplagten Gemeinden an der B3 und B62 zu rechnen.

Wie auch, wenn die A49 als neue EuropaNordSüdHauptstrecke beworben wird.



Aus unserer Stadt überbrachten Jörg Cezanne (MdB) und Herbert J. Oswald solidarische Grüße an die Waldbesetzer.

Leserbrief

Steigbügelhalter des Tages

Eine Partei der Friedensbewegung sind die Grünen schon lange nicht mehr. Dem völkerrechtswidrigen Bombardement Jugoslawiens haben sie zugestimmt. Für einkommensschwache Schichten waren sie noch nie. Doch mittlerweile sollten alle Interessierten gemerkt haben, dass auch vor „Ökopartei“ ein „Ex“ stehen muss. Wer bisher geglaubt hat, Winfried Kretschmann, der in Baden-Württemberg seit 2011 als einziger grüner Ministerpräsident glänzt und im Frühjahr 2019 der Schulstreikbewegung „Friday for Future“ mit Sanktionen drohte, sei nur ein Betriebsunfall. Die Haltung der Grünen-Landtagsfraktion in Sachen Flughafenbau hat viele enttäuscht. Mit der Subventionierung der Billigflieger wurden sie nach Rhein-Main gelockt. Dies geht auf die Kappe von Tarek Al-Wazir. Er hatte doch versprochen, dass es mit ihm kein drittes Terminal geben wird. Jetzt kann man auch in Hessen sehen, wie ernst es diese Partei mit dem Klimaschutz meint. Für den Weiterbau der Autobahn A 49 wurden im Dannenröder Wald unter

Polizeischutz die Bäume gefällt - einer breiten Protestbewegung zum Trotz. Rund 200 Aktive, die seit einem Jahr das betroffene Waldstück besetzt halten, stellen sich zwischen Bäume und Kettensägen.

Neben Bundesverkehrsminister A. Scheuer (CSU) steht auch die schwarz-grüne Landesregierung in der Kritik. Beide zeigen mit dieser Rodung, „dass sie an einer konsequenten Verkehrswende und dem Einhalten der Klimaziele kein Interesse haben“, sagte eine Aktivistin einer Nachrichtenagentur. Zwar sind die Grünen nur Juniorpartner der CDU - sie haben diese Rolle aber bewusst gewählt, obwohl bekannt war, dass die Unionspartei bis dato die meisten Großspenden von der Autoindustrie erhalten hatte. Zudem stellen Hessens Grüne mit Tarek Al-Wazir den Landesminister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. Der aber tat in den letzten Wochen so, als sei er zu diesem Autobahnprojekt gekommen, wie die Jungfrau zum Kind und müsse die Sache nun irgendwie durchziehen - während Umweltverbände verlangen, dass auch er sich öffentlich gegen den Weiterbau der A 49 ausspricht. Jedenfalls den Versuch auf die Bundesregierung einzuwirken sollte man erwarten dürfen. R. Dötsch

Einen ergreifenden Film von der Räumung des Herrenwaldes kann man sich im Internet ansehen:

<https://vimeo.com/469222109>

Musik: Heinrich Schütz 1585-1672

*Wie nun, ihr Herren, seid ihr stumm,
dass ihr kein Recht könnt sprechen?
Was gleich und grad ist, macht ihr
krumm,
helft niemand zu sein Rechten?
Mutwillig übt ihr Gewalt im Land,
nur Frevel geht durch eure Hand,
was will zuletzt draus werden?*

*Ihr ungerechten Herren wisst,
dass ihr der Armen Dulden
doch einmal bitter büßen müsst
als euer eigen Schulden.
Der bösen Taten Klagemund
wird euch in eures Herzensgrund
ein bitter Urteil sprechen.*

*All Erdenrund ist voll Geschrei,
verletzt sind Recht und Sitten.
Ihr armen Menschen kommt herbei,
ists nicht genug gelitten?
Wir brauchen aller Seel und Kraft,
dass nach viel böser Leidenschaft
ein neu Geschlecht erwache.*

Stadtgeschichten

Der Winter kann kommen, für Holzvorrat ist gesorgt.

Es war etwa im November Anfang der 1950er Jahre, als Lenchen Jakob geb. Stroh und ihr Ehemann Adam Jakob an ihrem Holzplatz - nahe ihrer Wohnung in der Mörfelder Straße - noch mal nach dem Rechten schauten, ob alles gut aufgesetzt ist.

Es dauerte noch bis in die 1960er und -70er Jahre, bis in fast allen Wohnhäusern unserer Gegend Koksheizungen, Ölheizungen und später auch Gasheizungen eingebaut waren. Bis dahin bestand der Hausbrand aus Brennholz und wenn

das Geld reichte und die Rationierung es ermöglichte, aus Steinkohle und Briketts (aus Braunkohle). Wer im Wald auf dem Boden liegendes Holz mit nach Hause nehmen wollte, brauchte einen Holzleseschein, sonst drohte Strafe vom Förster. Scheit- oder Rundholz wurde von den Waldarbeitern, den „Holzmachern“, geschlagen, zu Stößen von einem Festmeter aufgesetzt und vom Forst verkauft.

Nach dem Heimtransport wurden die Scheite dann im Hof mit Axt, Keil und Schläge gespalten und im Garten zum Trocknen aufgesetzt (siehe Foto). Aber damit war die Arbeit noch nicht beendet. Nach gut einem Jahr mussten die Scheite dann entweder von Hand auf dem Sägebock oder vom „Holzschneider“ klein geschnitten und auf dem Hackklotz ofengerecht kleingehackt werden.



Liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung, wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ durch Mitarbeit und Informationen helfen. Wir freuen uns über alte Fotos. Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung. Das blickpunkt-Spenden-Konto: Kreissparkasse GG - IBAN DE37508525530009003419

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Jam Session

Freitag, 13. November - 20 Uhr - Eintritt frei

4. Hobby-Skat-Turnier

Samstag, 14. November - 11 Uhr
Startgebühr € 5; pro verlorenem Spiel € 0,50

Spieleabend

Dienstag, 17. November - 20 Uhr
Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 19. November - 20 Uhr
Eintritt frei

Nostalgie de Paris

Nachholkonzert vom 28.03.20 – bereits gekaufte Karten sind gültig!

Samstag, 21. November - 20 Uhr
Eintritt: € 10,-/8,-
VVK im KuBa und Buchhandlung Giebel

Filmabend Imkerverein:

„Ein eingespieltes Team“

Dienstag, 24. November - 20 Uhr
Eintritt frei,
Spenden für Blühflächen willkommen

Unser Lexikon

Schbrisch

Aa mool dood
gedenkt
aam seu
Leewe lang